Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktä

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der A

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12207. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1.50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 263 | Dresden, Donnerstag den 11. November 1926 | 37. Jahrg.

Am 14. November zur Stadtverordnetenwahl hat die KPD. in Dresden Liste 1

Angst um den Profit

Schutz dem heiligen Geldsack!

Das deutsche Unternehmertum ist zur Zeit sehr kampfesfreudig. Auch viele von den Unternehmern, die zuerst von der Republik nichts wissen wollten, haben sich jetzt damit abgefunden weil sie sehen, daß die deutsche Republik, wie sie nun einmal ist, einen ganz guten Boden für den Kampf um den heiligen Profit abgibt. Keine Unternehmertagung vergeht, ohne daß man gegen angeblich zu hohe Steuern und soziale Lasten zu Felde zieht. Mögen die Notleidenden hungern, der Staat soll ausreichende Hilfe verweigern, nur damit der Geldbeutel der Herren vom Kapital geschont wird. Die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme besorgen willig die Geschäfte des raffgierigen kapitalistischen Unternehmertums, wie das ja auch allzudeutlich bei dem Kampfe um die Erwerbslosen-Unterstützung zu sehen ist. Jetzt treten die sogenannten wirtschaftlichen Spitzenverbände mit einer Kundgebung gegen die wirtschaftliche Betätigung des Staates und der Gemeinden hervor. Die Interessenvertretungen der Unternehmer in Landwirtschaft, Handel und Industrie haben sich auf gewisse Grundsätze geeinigt, in denen sie erklären, daß Deutschlands Wirtschaft im wesentlichen Privatwirtschaft sei, daß das Privateigentum die unantastbare Grundlage für die Privatwirtschaft bleiben und nicht durch die Betätigung der öffentlichen Hand gefährdet werden dürfe. U. a. wird auch gesagt, daß insbesondere alle Bestrebungen abzulehnen seien, die den freien Grundstücksverkehr beschränkten.

Jahrzehntelang gehörte es zu dem eisernen Bestand der Lehren des wirtschaftlichen Liberalismus, daß die öffentlichen Körperschaften nicht imstande seien, ordentlich zu wirtschaften und daß deshalb Staats- und Gemeindebetriebe unbedingt Defizitbetriebe werden müßten. Gleichzeitig wurde gelehrt, daß die Privatwirtschaft den Bedarf der Bevölkerung an Gütern aller Art so gut und so billig befriedigen könne, als das nur irgend möglich sei. Die freie Konkurrenz würde schon dafür sorgen, daß die Bevölkerung vor jeder unberechtigten Ausbeutung durch Erzeuger und Händler geschützt bleibe. Alle diese schönen Theorien haben in der Wirklichkeit elend Schiffbruch gelitten. Wie schlecht die bestehende Wirtschaftsordnung geeignet ist, die Volksmassen vor Not und Elend zu schützen, das zeigen die Millionen notleidender Arbeitsloser, und die freie Konkurrenz, von der aller Segen kommen sollte, sucht man heute in vielen Wirtschaftszweigen vergeblich. Nicht nur in der Großindustrie ist vielfach jede Konkurrenz durch Trusts oder Kartelle ausgeschaltet, auch bei Handwerkern und Kleinkaufleuten ist häufig an Stelle des freien Wettbewerbs die gemeinsame Preisfestsetzung getreten. Lieber beutet man gemeinsam die Kunden aus, als daß man sie sich durch Preisunterbietung gegenseitig abjagt. Auch die schöne Theorie von der wirtschaftlichen Unfähigkeit des Staates und der Gemeinden ist durch die Praxis recht gründlich widerlegt. Heute ist die Zahl der in der öffentlichen Hand befindlichen Betriebe, die den Vergleich mit den Privatbetrieben in jeder Beziehung aushalten können, schon so groß, daß dem profitlüsternen Unternehmertum angst und bange wird. Der heilige Profit ist in Gefahr. Unveräußerliche kapitalistische Menschenrechte sind bedroht! Die Sturmglocke muß geläutet werden! Während man früher gegen die Betriebe des Staates und der Gemeinden Sturm lief, weil sie angeblich Zuschüsse erforderten und die Steuerzahler belasteten, so jetzt deswegen, weil Staat und Gemeinden gezeigt haben, daß sie auch ganz gute Geschäfte machen können. Gerade deswegen fürchtet man jetzt die Betriebe der öffentlichen Hand und schreit Zeter und Mordio. Verlangen Staat und Gemeinden gebührend Steuern, dann ist großes Geschrei, wirtschaften die öffentlichen Körperschaften aber selbst, dann ist erst recht Lärm.

Dabei braucht man heute kein Sozialist zu sein, um zu begreifen, wie notwendig die wirtschaftliche Betätigung von Staat und Gemeinden ist. Das Privatkapital liefert täglich so viele Beweise von unerhörter Rücksichtslosigkeit gegen die Verbraucher, daß sich Staat und Gemeinde noch viel mehr als heute eigene Unternehmungen schaffen müßten, schon damit sie den notwendigen Einblick in die Wirtschaft bekommen und das Treiben des privatkapitalistischen Unternehmertums gebührend überwachen können. Aber gerade das will das private Unternehmertum nicht. Ein Staat, dessen Organe in die Geheimnisse der Profitmacherei zu gut hineingucken können, kann für sie gefährlich werden, besonders wenn der Einfluß der Arbeiterschaft und der organisierten Verbraucher auf den Staat wächst.

Das Ringen um den Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand wird, wenn nicht alles täuscht, eine große Rolle in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der nächsten Zeit spielen. Ueber die Stellungnahme der Arbeiterschaft bei diesen Auseinandersetzungen kann kein Zweifel sein. Mit aller Entschiedenheit muß der Anmaßung des Unternehmertums entgegen getreten werden. Unsere Volkswirtschaft ist nicht nur für die Unternehmer da. Wo es irgend möglich ist, Teile unseres Volkseinkommens, die sonst in die Taschen raffgieriger Kapitalisten fließen, der Allgemeinheit zuzuführen, darf diese Möglichkeit nicht unbenutzt bleiben. Mögen die Unternehmer und ihre Söldlinge so viel lärmen und schreien, wie sie wollen.

Kommunisten und sächsische Regierungsbildung

Eine Entschließung der Zentrale der KPD.

Berlin, 11. November. (Eig. Drahtm.) Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat sich am Mittwoch in Gegenwart von Vertretern der sächsischen Parteiorganisationen u. a. mit dem Ausgang der sächsischen Landtagswahlen und dem Plan einer sozialistischen Minderheitsregierung befaßt. Die Auffassung des Zentralkomitees zu der Bildung einer sozialistischen Minderheitsregierung wurde in einer längeren Entschließung niedergelegt, in der es u. a. wörtlich heißt:

„Die KPD. erklärt der Arbeiterschaft auf Grund der bisherigen Erfahrungen, daß sie sich nicht auf die Unterstützung der Minderheitsregierung festlegen, sondern ihr Verhalten der Regierung gegenüber wie in jeder Situation von den Handlungen der Regierung abhängig machen wird. Die Kommunistische Partei wird gegen jeden arbeiterfeindlichen Schritt der Regierung die Massen der Werktätigen mobilisieren und den Kampf gegen die Regierung organisieren."

Die Kommunistische Partei erklärt weiter:

1. **Die KPD. erblickt in einer Regierung aus Sozialdemokraten und ASPS. oder in einer sozialistischen Minderheitsregierung, die an die ASPS. gebunden ist, keine sozialistische, sondern eine bürgerliche Koalitionsregierung, zu deren Sturz sie die Arbeitermassen mobilisieren und keine Gelegenheit im Parlament vorübergehen lassen wird, um diesen Sturz zu vollziehen.**

2. **Die KPD. macht die Gestaltung einer sozialistischen Minderheitsregierung abhängig von der Durchführung von parlamentarischen Forderungen, wie sie im Wahlkampf der Partei zum Ausdruck gekommen sind, und von der Ablehnung jeder politischen Bindung mit der ASPS.**

3. **Die KPD. wird auf Grund dieser Forderungen für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten stimmen. Im Falle der Verletzung der parlamentarischen Forderungen durch die sozialistische Regierung wird die Kommunistische Partei die Arbeitermassen gegen diese Regierung mobilisieren und ihren Sturz herbeiführen.**

In den weiteren Punkten der Entschließung, die sich insgesamt auf sechs beziffern, wird dann noch darauf verwiesen, daß in dem neuen Sächsischen Landtag die Durchführung der parlamentarischen Forderungen überhaupt unmöglich ist und deshalb der Kampf für die Auflösung dieses neugewählten Parlaments in den Vordergrund tritt. Der übrige Teil der Entschließung besteht in Angriffen gegen die Sozialdemokratische Partei.

•

Es scheint demnach, daß die Kommunisten unter Umständen bei der Ministerpräsidentenwahl für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen werden. Wie die „parlamentarischen Forderungen" aussehen werden, von denen in der Entschließung der Zentrale der KPD. die Rede ist, bleibt abzuwarten.

Ringen um die Reichsregierung

Konflikt in den Ausschüssen

Aus dem Reichstage wird uns berichtet:

Die Gewitterstimmung, die im Reichstag um den Kampf um den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge heraufgezogen ist und schon seit einigen Tagen über dem Parlament liegt, führte am Mittwoch im Sozialpolitischen wie im Hauptausschuß zu scharfen Explosionen. Der Sozialausschuß hatte am Vormittag den Regierungsentwurf über **die Krisenfürsorge für die Ausgesteuerten** zu beraten. Die Regierung hatte den Entwurf vorgelegt, obwohl das Plenum den sozialdemokratischen Antrag auf Verlängerung der Bezugsdauer der Unterstützung bereits angenommen hatte. Die sozialdemokratische Fraktion brachte verschiedene sachliche Anträge zu dem Entwurf ein, um so rasch wie möglich den Rechtsanspruch der Ausgesteuerten auf Fortzahlung der Erwerbslosenunterstützung sicherzustellen. Die Deutschnationalen, die an der rücksichtslosen Auslieferung der Ausgesteuerten an die Wohlfahrtspflege festhalten, brachten es fertig, trotzdem **zusammen mit den Völkischen für den kommunistischen Antrag auf Verlängerung der Bezugsdauer der Unterstützung zu stimmen.** Da selbstverständlich auch die Sozialdemokraten gemäß ihrer ganzen bisherigen Haltung dafür stimmten, erhielt der Antrag die Mehrheit des Ausschusses. Die Folge war, daß die Regierungsparteien sofort den **Abbruch der Ausschußverhandlungen** verlangten und auch durchsetzten. Nicht einmal eine neue Ausschußsitzung wurde festgesetzt. Die Haltung der Regierungsparteien ist um so unverständlicher, als es sich bei dem Beschluß nicht wie bei der Erhöhung der Unterstützungssätze um finanzielle Ausgaben, sondern nur um die Anerkennung sozialpolitischer Grundsätze handelt.

Im Hauptausschuß stand der **erste und zweite Nachtrag zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums** zur Beratung. Die Beratung wurde plötzlich abgebrochen, weil **zwischen den Regierungsparteien erhebliche Differenzen entstanden.** Der erste Nachtrag verlangt eine Reihe neuer Planstellen für verschiedene Abteilungen des Ministeriums, insbesondere für die Luftabteilung. Das Zentrum lehnte die Bewilligung der neuen Stellen ab, da solche grundsätzlich nicht im Nachtragsetat angefordert werden dürfen. Die Deutsche Volkspartei setzte sich dagegen für die Bewilligung des Nachtragsetats ein. Genosse Stücklen betonte, daß die Sozialdemokratie nicht päpstlicher als der Papst zu sein brauche und daher den Etat ablehne. Die Wirtschaftsparteiler schlossen sich dem sozialdemokratischen Standpunkt an, die Demokraten dem des Zentrums. Die Deutschnationalen verlangten hierauf Abbruch der Verhandlungen. Spitze Reden flogen zwischen den Regierungsparteien hinüber und herüber und schließlich vertagte sich der Ausschuß unter lebhafter Erregung bis auf weiteres.

Die Regierung will klären

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt:

Am Mittwoch nachmittag befaßte sich ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichskanzlers mit der politischen Lage. Anlaß hierzu gaben die letzten Vorgänge im Plenum des Reichstages und im Sozialpolitischen Ausschuß bei der Beratung von Erwerbslosenfragen. Es verlautet, daß sich diesen Besprechungen des Ministerrats zunächst bereits am Donnerstag unverbindliche Verhandlungen der Regierung mit der Sozialdemokratie anschließen sollen, und zwar mit dem Ziele, die innerpolitische Lage zu klären und gleichzeitig eine Lösung der Erwerbslosenprobleme herbeizuführen.

Das Ziel, die innerpolitische Lage durch Verhandlungen mit der Sozialdemokratie zu klären, mag vieles für sich haben. Aber Voraussetzung hierzu ist doch, daß zunächst einmal die Stellungnahme der einzelnen Regierungsparteien zu dieser Frage geklärt wird. Solange das nicht der Fall ist, scheint uns auch die jüngste Aufforderung der Germania an die Sozialdemokratie zur Mitverantwortung in der Regierung keineswegs angebracht und **ohne praktische Bedeutung.** Es besteht doch kein Zweifel darüber, daß mindestens vorläufig noch sowohl Bayerische Volkspartei als auch die Deutsche Volkspartei in bezug auf die Regierungserweiterung mit dem Zentrum keineswegs einer Meinung sind und eine Erweiterung nach links ablehnen. Auch hinsichtlich der Erwerbslosenprobleme ist die Auffassung der Regierungsparteien nicht einheitlich. Die Schwierigkeiten zur Lösung dieser Fragen liegen weniger bei dem Zentrum als bei der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei. Sie sind deshalb auch als die eigentlichen Urheber der jetzt eingetretenen und vorauszuahnenden unerquicklichen parlamentarischen Situation zu betrachten, und trotzdem wäre manches zu verhindern gewesen, wenn die Regie der gegenwärtigen Regierung weniger mangelhaft wäre.

•

Der Graf hat es befohlen!

Das deutschnationale Schindluderspiel um Ministersessel

D. **Berlin, 11. November.** (Eig. Funk.) Zu dem bezeichnenden Zwischenfall am Mittwoch im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags wird weiter folgendes bekannt: Bei der Abstimmung über den von den Kommunisten aufgenommenen Vorschlag auf verlängerte Gewährung der Erwerbslosenhilfe an die Ausgesteuerten waren sich die deutschnationalen Mitglieder des Ausschusses, die nach ihrer ganzen arbeiterfeindlichen Einstellung innerlich gegen den Antrag sein mußten, zunächst über ihre Haltung unschlüssig. Plötzlich hörte man aber die Stimme des Geschäftsführers der deutschnationalen Fraktion, des Abgeordneten Lambach: **„Der Graf hat es befohlen".** Auf dieses Kommando hin (gemeint war der Parteiführer Graf Westarp) **stimmten sämtliche Deutschnationalen für den kommunistischen Antrag, der damit Annahme fand.**

Zu diesem Verhalten der Deutschnationalen schreibt der Vorwärts:

„Die Geduld, mit der Reichstag und Regierung diesem Treiben gegenüberstehen, ist erstaunlich. Ihre Hilflosigkeit ist beklagenswert. Man hat gestern sogar im Reichstag von einer Regierungskrise gesprochen. Krise hin — Krise her — eine Regierung, die vor dieser Deutschnationalen Partei davonlaufen würde, womöglich um ihr Platz zu machen, würde sich mit ewiger Schande bedecken. In der Situation, wie sie sich jetzt herausgebildet hat, ist es die Pflicht der Regierung, den Reichstag auf den Weg sachlicher Arbeit zurückzuführen. Wenn sie sich dagegen wehren will, daß Fragen der Menschlichkeit auf das Niveau schmutziger Parteimanöver hinabgezerrt werden, so wird sie den ganzen Reichstag, ausschließlich der Deutschnationalen natürlich, hinter sich finden, und alle anständigen Menschen im Lande werden ihr zustimmen.

Die Sozialdemokratische Partei ist bereit, diesem unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten. Sie ist bereit zu sachlicher Arbeit im Interesse des Volkes, zumal seiner am schwersten leidenden Teile; während die Deutschnationale Partei nie an die sachliche Arbeit, sondern immer nur an Ministersessel denkt, ist es bei ihr gerade umgekehrt. Sie drängt sich nicht an die Futterkrippe, aber sie verlangt, daß **der deutschnationalen Sabotage ein Ende gemacht wird und der Weg der Lösung drängender Probleme wieder freigelegt wird.**

... Auch Minderheitsregierungen können regieren. Aber sie können nicht selbstherrlich regieren, ohne Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Ein wenig Nachdenken über diese einfache Wahrheit könnte den Parteien der Mitte vielleicht manches Kopfzerbrechen über Koalitionspolitik ersparen."

Auch das Zentrumsorgan Germania rechnet mit dem demagogischen Verhalten der Deutschnationalen ab und erklärt dann: „Die andre Seite geht die Sozialdemokratie an. Sie weiß, was das Spiel soll und läßt sich doch ins Garn der andern Oppositionspartei verstricken. Wohin kommen wir, wenn sich die Szenen der letzten Tage wiederholen, wenn Parteien sich gegenseitig niederstimmen und lärmen? Wenn lauter Solo getanzt wird und Abstimmungen zur Lächerlichkeit werden, dann allerdings brauchen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19261111/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG